

**dfi analyse**  
Präsidentenwahlen  
und Euro-Krise – Seite 1

**dfi information**  
Deutschland und Frankreich  
sind „das Fundament für Euro-  
pa“ (Yves Guéna) – Seite 4

**Die Renaissance des  
Nationalstaates?** – Seite 5

**Seminar für Nachwuchsjourna-  
listen in Berlin** – Seite 6

**Fachberater für Französisch im  
dfi** – Seite 6

**Mehr Europa – Aber wie?**  
– Seite 7

**Bilaterale Beziehungen als „Mo-  
dellbaukasten“? – Präsentation  
der Projektergebnisse in Paris**  
– Seite 8

**Relaunch des IREON-Portals**  
– Seite 9

**Neue Mitglieder im Vorstand  
des dfi** – Seite 9

**ZEIT-Redakteur Klaus-Peter  
Schmid zu Gast beim dfi**  
– Seite 10

**dfi service**  
Tagungsprotokoll des fünften  
Kolloquiums für Bürgermeister  
und kommunale Verantwortliche  
– Seite 10

**Welches Europa soll es sein? –  
Schüler und Studenten diskutie-  
ren online** – Seite 11

**Ausschreibung: Master of Euro-  
pean Governance and Admini-  
stration (MEGA) in neuer Form  
(berufsbegleitend)** – Seite 11

## Präsidentenwahlen und Eurokrise

Vom deutsch-französischen Gegensatz zum europäischen Kompromiss?

**dfi analyse** François Hollande verkörpert die „Hoffnung Europas“ – so steht es derzeit in vielen französischen und europäischen Zeitungen. In Deutschland hat man den Stabwechsel im Elysée mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Zurückhaltung überwiegt, wenn der neue Präsident ankündigt, den von seinem Vorgänger und der deutschen Bundeskanzlerin vertretenen Kurs der Krisenbewältigung verändern oder ergänzen zu wollen. Bei aller Vorsicht, die die bisher noch unscharfe politische Positionierung François Hollandes angeraten scheinen lässt, gibt die neue Konstellation auch Anlass zur Hoffnung: Frankreich und Deutschland spielen ihre Rolle als „Motor Europas“ dann besonders gut, wenn sie einen Kompromiss über zunächst sehr unterschiedliche Positionen finden.

Sehr schnell nach seiner Vereidigung im neuen Amt machte François Hollande klar, dass er in der Europapolitik einen anderen Kurs als sein Vorgänger vertreten werde. Die scheinbare Einigkeit zwischen der französischen und der deutschen Regierung, die Nicolas Sarkozy und Angela Merkel während eines Großteils der Schuldenkrise im Euroraum zelebrierten, war damit Vergangenheit – und die deutsch-französischen Differenzen wurden für jedermann sichtbar. Allerdings gilt auch in der neuen Konstellation, dass die Überwindung der Unstimmigkeiten zwischen den beiden Gründerstaaten der Europäischen Union (EU) eine Voraussetzung ist, um die EU als Ganzes aus der Krise zu führen. Beide Regierungen bekräftigten im Vorfeld der Sitzung des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs am 28. Juni in Brüssel öffentlich, dass ihnen dieser Sachverhalt bewusst ist und sie an einem Kompromiss arbeiten. Der historische Rückblick zeigt dabei, dass paradoxerweise die größten deutsch-französischen Konflikte zu den weitestgehenden Fortschritten im Integrationsprozess geführt haben. So gewendet, kann François Hollandes Machtantritt durchaus als Hoffnungszeichen für Europa verstanden werden, gerade weil dieser Machtantritt in einer ersten Phase zu Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis führt.



(Quelle: flickr, widowquinn)

### Frankreich und Deutschland: die permanente große Koalition

Historisch und strukturell zeichnen sich die beiden größten Volkswirtschaften der EU durch große Unterschiede aus. Das gilt sowohl für die politische Ordnung (Zentralstaat vs. Föderalismus, semi-präsidentielles vs. parlamentarisches System...) als auch für die Wirtschaftsordnung (starke Großunternehmen vs. starker Mittelstand, starke Rolle des Staates als wirtschaftlicher Akteur vs. starke Rolle des Staates bei der Regulierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen). Auch im gesellschaftlichen Bereich lassen sich, trotz aller Annäherungen, Unterschiede bis auf die Ebene der Grundwerte finden (stärker gemeinschaftsorientierte vs. stärker individualistisch orientierte Einstellungen). Diese Unterschiede zeigen sich regelmäßig in Konflikten und Unstimmigkeiten zwischen den politisch Verantwortlichen. Tatsächlich drücken sich darin jedoch tiefgehende, strukturelle Unterschiede zwischen den beiden Ländern aus, die nicht ignoriert werden können. Vielmehr bestimmen diese strukturellen Unterschiede ihrerseits kollektive politische Präferenzen und darüber politische Entscheidungen.

Diese Unterschiede bedeuten jedoch nicht, dass es deshalb nicht möglich wäre, zusammenzuarbeiten und gemeinsam Lösungen zu entwickeln,

Fortsetzung auf Seite 2

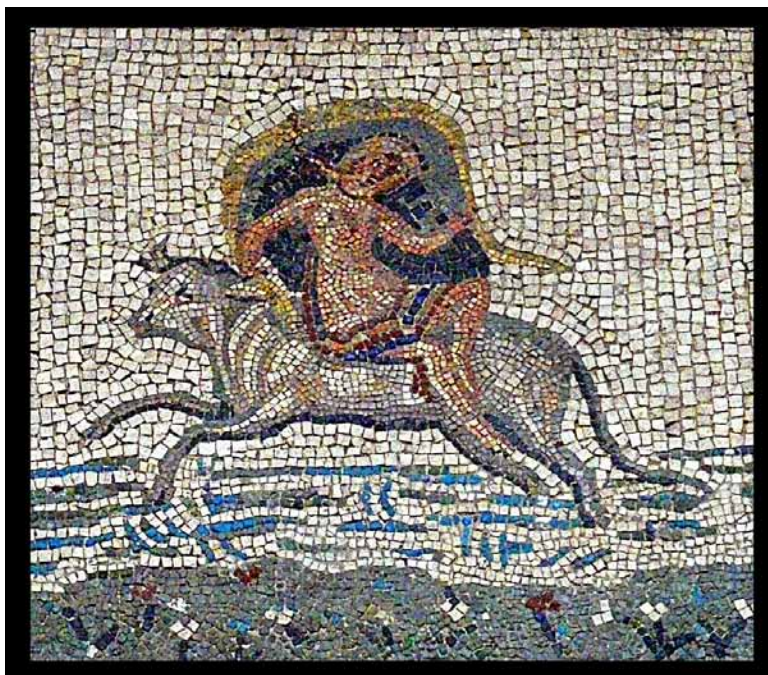
*Fortsetzung von Seite 1*

in denen jeder der beiden Partner einen Mehrwert für sich findet. Dies ist eine Bedingung, damit die gemeinsam entwickelten Kompromisse nicht als „Diktat“ der einen Seite wahrgenommen werden, sondern von beiden Seiten akzeptiert werden können. Sechzig Jahre der gemeinsamen Arbeit am europäischen Integrationsprozess sind für sich bereits ein beredtes Zeugnis davon, dass es möglich ist, unsere Konflikte zu überwinden. Gerade im deutsch-französischen Fall kommt das bilaterale Verhältnis hinzu, einzigartig in der Tiefe und Breite seiner Beziehungen – nicht deshalb, weil Franzosen und Deutsche besonders friedliebende und idealistische Bürger wären, sondern weil sich daraus in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen neue gesellschaftliche Interessenlagen ergeben haben, die ihrerseits auch neue Konfliktstrukturen entstehen ließen – und damit auch die Notwendigkeit, Verfahren der Konfliktlösung und politischen Gestaltung zu entwickeln.

Im deutsch-französischen Fall kann man heute sogar von der Existenz eines „gemeinsamen politischen Systems“ sprechen, das auf die Produktion deutsch-französischer Kompromisse ausgerichtet ist und das bisweilen den informellen Verfahren der Zusammenarbeit im Rahmen einer großen Koalition auf Bundesebene ähnelt: regelmäßige Routinetreffen auf allen Ebenen, enge Verbindungen zwischen den einzelnen Verwaltungen, flexible Instrumente, um Krisen ad hoc begegnen zu können.

### Konfliktlösung im Rahmen der EU

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern hat zu einer Vielfalt an Instrumenten und Institutionen geführt, die mehr oder weniger verbindlich sind und die es erlauben (und bisweilen erzwingen), unsere politischen Konflikte zu kanalisieren, die unterschiedlichen Positionen einander anzunähern und für beide Länder akzeptable Kompromisse zu finden. Häufig benötigt die Lösung dieser Konflikte, um den angesprochenen Mehrwert für beide Beteiligten sicher zu stellen, einen dritten Akteur – seit den 50er-Jahren die supranationalen Institutionen der EU, die zunächst durch die Schaffung einer unabhängigen und überparteilichen „Hohen Behörde“ im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) eine Lösung der schwierigen und blockierten Verhandlungen zum Ruhr-Statut brachten. Die „Hohe Behörde“ entwickelte sich weiter zur Europäischen Kommission, der Grundgedanke blieb jedoch derselbe: Durch die gemeinschaftliche Ausübung bestimmter politischer Kompetenzen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, der ansonsten für jeden der beiden



*Der Raub Europas...*

(Quelle: flickr, Ana Belén Cantero Paz)

Partner verloren wäre. Das überparteiliche und übernationale Statut der europäischen Institutionen garantiert dabei, dass keiner der beteiligten Akteure die entstehenden Lösungen zu seinen Gunsten vereinnahmen oder verändern kann. Es ist garantiert, dass niemand „über den Tisch gezogen“ wird.

Seit den Anfängen in den 50er-Jahren hat die Geschichte der europäischen Integration immer wieder gezeigt, dass deutsch-französische Kompromisse dann eine akzeptable Lösung für die ganze EU darstellen können, wenn der zugrunde liegende deutsch-französische Konflikt sich als Auseinandersetzung durch die ganze EU zieht. Häufig repräsentieren die von Frankreich und Deutschland vertretenen unterschiedlichen Interessen die Extrempunkte auf einem Kontinuum, auf dem sich alle EU-Mitgliedstaaten wiederfinden – näher an der deutschen oder näher an der französischen Position, aber innerhalb der durch Frankreich und Deutschland vertretenen Extrempunkte. Ein Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland kann dann mit großer Wahrscheinlichkeit auch für alle anderen Staaten akzeptabel sein, denn er beinhaltet die Ideen vieler und bietet gleichzeitig einen Vorteil für jeden der Partner.

Die Situation kann also folgendermaßen schematisiert werden: Je grundlegender das Thema der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheit für ganz Europa ist, und je größer die deutsch-französische Auseinandersetzung selbst im betreffenden Fall ist, desto mehr wird ein Kompromiss der beiden Länder das gesamte Europa voranbringen. Dieses Paradigma hat besonders gut zu Beginn des europäischen Einigungsprozesses funktioniert, als ein Kompromiss zwischen sechs Ländern gefunden werden musste und Deutschland und Frankreich oft sehr gegen-

sätzliche Positionen zu einem Thema vertraten. Heute, in einem Europa mit 27 Mitgliedstaaten, ist die Situation etwas komplizierter, da die Anzahl der Konfliktlinien innerhalb der Union deutlich gestiegen ist, während sich Deutschland und Frankreich kontinuierlich und merklich einander angenähert haben. Neben den deutsch-französischen Gegensatz sind so Gegensätze zwischen neuen und alten, zwischen kleinen und weniger kleinen, zwischen agrarisch und industriell geprägten, zwischen Nord- und Südländern etc. getreten. In vielen dieser Gegensatzpaare finden sich Frankreich und Deutschland auf der gleichen Seite wieder (alte vs. neue Mitgliedsländer, große vs. kleine). Dennoch gibt es nach wie vor Situationen, in denen die beiden Länder stellvertretend für die ganze EU die beiden Extrempunkte einer Konfliktlinie widerspiegeln.

### Schuldenkrise und Eurogipfel

Mit François Hollande an der Spitze des französischen Staates, mit der Schuldenkrise des Bankensystems und der öffentlichen Haushalte in einigen Euro-Mitgliedstaaten finden wir erneut eine Situation vor, in der Frankreich und Deutschland, bzw. ihre Regierungen, unterschiedliche Positionen in einer Grundsatzfrage vertreten, die ganz Europa betrifft: Der von der deutschen Regierung vertretenen Idee einer rigorosen Sparpolitik, die öffentliche Defizite minimieren und eine Haushaltssanierung durch radikale Einsparungen in allen Bereichen vorantreiben will, steht die „französische“ Idee einer Wachstumspolitik gegenüber. In ihr soll ein öffentlich unterstütztes und geschaffenes stärkeres Wirtschaftswachstum zu höheren Einnahmen führen, die dann wiederum zu Schuldenabbau und Haushaltssanierung genützt werden sollen. Beiden gemein

*Fortsetzung auf Seite 3*



*Fortsetzung von Seite 2*

ist also die Absicht, die öffentlichen Haushalte zu sanieren, um politische Gestaltungsmacht und Handlungsfreiheit zurückzugewinnen und zu verhindern, dass unsere Gesellschaften an der Schuldenlast und der Macht der Finanzmärkte ersticken.

Dabei haben die Ergebnisse des europäischen Gipfels vom 28. Juni verdeutlicht, dass weder Angela Merkel noch François Hollande in Europa isoliert sind – beide stehen vielmehr stellvertretend für eine bestimmte politische Richtung. Die anderen Euro-Staaten fühlen sich näher an der einen oder näher an der anderen dieser Alternativen, ohne ebenso unbedingte Positionen wie Frankreich und Deutschland einzunehmen. Während Deutschland nicht alleine gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa ist, steht Frankreich auch nicht alleine in der Befürwortung von Wachstumsinstrumenten und gemeinsam garantierten Schuldtiteln.

Im Hinblick auf das Ausmaß der Krise und ihres Einflusses auf das Leben der Europäer – insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten, insbesondere auf Jugendliche – sind wir auf beide Politiken angewiesen. Wir benötigen gemeinsame Instrumente und Regeln in der Fiskal- und Haushaltspolitik, um unsere Haushalte zu sanieren und unsere Wirtschaftskraft zu stärken. Doch diese gemeinsamen Instrumente können nicht existieren ohne eine viel weitergehende wirtschaftliche, politische und fiskalische Integration der gesamten EU, um so die Instrumente der politischen Gestaltung, die auf nationaler Ebene nicht mehr zur Verfügung stehen, auf europäischer Ebene erneut zu schaffen. Nur wenn alle Ebenen und Akteure, die Staaten, die Europäische Zentralbank und die anderen europäischen Institutionen, allen voran Kommission und Parlament, so zusammenarbeiten, dass sie eine einheitliche Strategie verfolgen, kann dies das notwendige Wirtschaftswachstum in Gang bringen,

können die öffentlichen Haushalte saniert und die notwendigen Strukturreformen und Sparanstrengungen durchgeführt werden.

Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vom 28. Juni 2012 lassen zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Krise im September 2008 (Bankrott der Lehman-Bank) erkennen, wie beide politische Strategien – Spar- und Konsolidierungspolitik, Wachstums- und Innovationspolitik – durch konkrete Mechanismen auf der europäischen Ebene verbunden werden können. Auch die Verbindung der kurzfristigen, (bis Jahresende) vorgesehenen Maßnahmen (gemeinsame Bankenaufsicht, Ergänzung ESM) mit der erstmals in einem offiziellen Text so klar formulierten Bereitschaft, langfristig eine politische Union einzuführen, gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Damit diese Beschlüsse jedoch längerfristig tragfähig werden, wird es notwendig sein, den Lissabonner Vertrag zu verändern (Art. 125, Art. 282 und weitere). Diese erneute Phase der Vertragsverhandlungen wird besonders auf Seiten der französischen Regierung auf Widerstand stoßen.

### Die historische Verantwortung François Hollandes

Für eine solche Politik müssten große Teile nationaler Souveränität gemeinschaftlich ausgeübt werden, durch gemeinsame Institutionen. Eine solche Politik würde weiterhin eine demokratische Kontrolle durch die Mitgliedstaaten benötigen, also etwa durch die nationalstaatlichen Parlamente. Die Regierungen sind hier schlecht platziert, solange sie gleichzeitig über den Europäischen Rat Exekutivgewalt ausüben. Dies war genau das Verhängnis des Maastrichter Stabilitätsmechanismus', in dem die Mitgliedstaaten sich gegenseitig kontrollieren sollten, was ihnen vor allem die gegenseitige Verständigung darüber ermöglichte, die Kriterien des Paktes nicht einzuhalten.



Angela Merkel auf dem EU-Gipfel. (Quelle: flickr, Moritz Hager)

Schließlich würde eine solche Vergemeinschaftung vor allem die Kontrolle durch eine gemeinsame demokratische Instanz benötigen, die das gesamteuropäische Interesse der Bürger vertritt. Dieser Punkt taucht bis jetzt noch in keinem Gipfeldokument auf. Bezeichnenderweise wird der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, als einziger Vertreter der Brüsseler Entscheidungsgremien im Abschlussdokument der Sitzung des Europäischen Rats vom 28. Juni (Punkt II.4) nicht beauftragt, an der weiteren Ausgestaltung der Vorschläge für eine politische Union mitzuwirken. An der demokratischen Frage wird sich jedoch sehr schnell entscheiden, ob die kurz- und langfristigen Pläne zur Krisenbewältigung und weiteren Vertiefung der europäischen Integration Bestand haben werden.

Die Bundeskanzlerin hat sich ihrerseits, bei allen Widerständen gegen Eurobonds und Transferzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten, bereits zur Idee einer politischen Union bekannt und diese in groben Zügen skizziert. Es liegt nun an François Hollande, einen politischen Schritt vorzuschlagen, den Deutschland nicht ablehnen kann: weitere Vergemeinschaftung (Haushalts- und Fiskalpolitik, Sozialpolitik) gegen gemeinschaftliche politische Kontroll- und Entscheidungsmechanismen. Ein solcher Vorschlag würde ihn in eine Reihe mit Robert Schuman und Guy Mollet, mit Jacques Delors und François Mitterrand stellen, die alle in schwierigen Situationen ähnliche Entscheidungen zu treffen hatten. Hollande erhob zwar schon im Wahlkampf einen Anspruch auf ihr Erbe (zumindest auf das der Sozialisten unter ihnen), allerdings werden erst die nächsten Wochen zeigen, ob er wirklich aus demselben Holz wie seine Vorgänger geschnitzt ist: Findet er den Mut, den Franzosen zu sagen, dass eine Lösung nur über ein Mehr an Europa möglich ist? Das würde eine Reform der Institutionen bedeuten und beinhaltet die Notwendigkeit, demokratische Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einzuführen. Dann könnte er beanspruchen, die Hoffnung Europas zu verkörpern.

Stefan Seidendorf • [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)



Kampagne für eine europäische Steuer gegen Armut. (Quelle: flickr, Robin Hood tax)

## Deutschland und Frankreich sind „das Fundament für Europa“ (Yves Guéna)

Bei der XXVIII. Jahrestagung des dfi vom 28. bis 30. Juni in Ludwigsburg stellten rund 20 Wissenschaftler aus Frankreich, Deutschland, England und den USA ihre Beiträge zum Thema „Deutsch-Französische Beziehungen“ vor.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Rede von Staatspräsident Charles de Gaulle an die deutsche Jugend in Ludwigsburg und des Elysée-Vertrages hatte das Deutsch-Französische Institut seine XXVIII. Jahrestagung in Zusammenarbeit mit der Fondation Charles de Gaulle dem Thema „Deutsch-Französische Beziehungen“ gewidmet. Gut 100 Teilnehmer waren dazu vom 28. bis 30. Juni 2012 nach Ludwigsburg gekommen: Rund 20 Intervenenten reisten aus Frankreich, Deutschland, England und den USA an. Dazu kamen zwei Zeitzeugen, geboren in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Nachwuchswissenschaftler stellten eine wichtige Gruppe, die interessante Beiträge mitbrachte. Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und den Medien vervollständigten den Teilnehmerkreis.

Im Zentrum der Jahrestagung des dfi stand die Dynamik der Beziehungen seit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages durch den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer im Januar 1963. Was seither passiert ist, schilderte Yves Guéna, seit 1940 ein enger Wegbegleiter de Gaulles, bei der Eröffnungssitzung: „Die Aussöhnung (reconciliation) zwischen den Völkern Deutschland und Frankreich ist Realität geworden“. Eine besondere Art von Beziehung, die Guéna auch bei den Nachfolgern von Adenauer und de Gaulle feststellt. Er hofft sehr, dass die heute Verantwortlichen Merkel und Hollande „dafür Sorge tragen, dass das Fundament für Europa nicht geschwächt wird“.

Weit aufgespannt wurde der Bogen der Themen und Theorien während der drei Tage in Ludwigsburg. Yves Guéna (geb. 1922 in Brest) war „wie aus dem Geschichtsbuch auferstanden“ (dfi-Direktor Frank Baasner). Dies galt auch für Klaus Harpprecht (geb. 1927 in Stuttgart), Journalist und Redenschreiber für Willy Brandt in den Zeiten der Ostverträge, und dessen Frau Renate Lasker-Harpprecht (geb. 1924 in Breslau), die die Rede vorgetragen hat, weil Harpprecht nach einem Bandscheibenvorfall nicht reisen konnte. (Bericht dazu auf Seite 5)

Reiner Marcowitz, Universität Lorraine, Metz, zeichnete die Entwicklung der deutsch-französi-



(v.li.n.re.) Yves Guéna im Gespräch mit Prof. Dr. Frank Baasner.



Prof. Dr. Henrik Uterwedde (re.) im Gespräch mit Prof. Dr. Adolf Kimmel (li).



Teilnehmer während der Jahrestagung. Quelle: dfi (alle)

schen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach. Den Ost-West-Konflikt und den Kalten Krieg sieht er als Katalysator der Zusammenarbeit. Schon 1974 bis 1981, als Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing regierten, wurden ihre Länder zum „Motor“ für Europa stilisiert.

Ulrich Krotz, Harvard University, und Joachim Schild, Universität Trier, spannten den Gedanken weiter und schilderten, wie sich Deutschland und Frankreich zur „Verantwortungsgemeinschaft für Europa“ (Schild) entwickelten. Ihre Eliten werden parteiübergreifend sozialisiert, „embedded bilateralism“ (eine europäisch eingebettete, bilaterale Zusammenarbeit) wird Teil der europäischen Politik (Krotz). Bei ihrem gemeinsamen Forschungsprojekt geht es Krotz und Schild vor allem um zwei Fragen: Wieso sind Deutschland und Frankreich 50 Jahre lang zusammengeblieben? Warum geht in der EU bei großen Projekten nichts ohne oder gegen Deutschland und Frankreich?

Krotz und Schild stellten mit ihrem embedded bilateralism ein Modell vor, das auf festen Beziehungen aufbaut und den Nationalstaaten einen unverzichtbaren Platz im europäischen Kontext einräumt. Wenn es gut geht, fechten Frankreich und Deutschland im Verbund mit anderen Nationalstaaten, schaffen Bündnisse und Interessenkoalitionen, die letztendlich allen 27 EU-Partnern zugute kommen.

Rechtzeitig zu den großen Jahrestagen hat das Deutsche Historische Institut in Paris seine elfbändige Reihe „Deutsch-Französische Geschichte“ vorgelegt. Herausgeber sind Gudrun Gersmann und Michael Werner. Corinne De-

france (Forschungszentrum CNRS, Paris) und Ulrich Pfeil (Universität de Lorraine, Metz) stellten Band 10 „Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963“ vor. Der Kalte Krieg, die europäische Integration, Wiederaufbau und Annäherung (rapprochement) sind entscheidend bei der Suche nach Frieden und einer neuen Art von Beziehungen (Defrance). Ulrich Pfeil zeigt Beispiele für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der (ehemaligen) DDR. Seit 1957 / 58 wurden Städtepartnerschaften und Jugendkontakte aufgebaut, DDR-Lektoren kamen nach Paris. Das französische Kulturinstitut in Ost-Berlin entwickelte sich zum beliebten Treffpunkt von Intellektuellen beider Länder.

Hélène Miard-Delacroix (Universität Paris-Sorbonne) stellte Band 11 „Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis in die Gegenwart“ vor. Sie fragt nach „Annäherung, Konvergenz, Angleichung“ auf gesellschaftlicher Ebene und stellt fest, dass Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland die gleiche Richtung einschlugen, wenn auch zeitlich versetzt. Gleichzeitig sieht Miard-Delacroix hartnäckige Unterschiede, die bleiben: Der Kommunismus spielt in Frankreich eine wichtige Rolle, ganz anders als in Deutschland. Die französischen Parteien beschreiben sich in den Kategorien „links und rechts“, die deutschen Parteien wollen „in der Mitte“ operieren.

Wichtige Beiträge der XXVIII. Jahrestagung werden im Frankreich-Jahrbuch 2012 abgedruckt, das Anfang nächsten Jahres erscheinen wird.

Brigitte Veit ► [veit@dfi.de](mailto:veit@dfi.de)



## Die Renaissance des Nationalstaates?

**Klaus Harpprecht begeistert mit seiner Rede – vorgetragen von seiner Frau Renate Lasker-Harpprecht – rund 250 Hörer in der Musikhalle in Ludwigsburg.**

Kann die Renaissance des Nationalstaates als realistische Alternative betrachtet werden, um den Krisenszenarien zu entkommen, die die Europäische Union seit 2008 für ihre 27 Mitgliedsstaaten bereit hält? In seiner Rede, die Renate Lasker-Harpprecht vorträgt, weil der Autor krankheitsbedingt nicht reisen kann, setzt Harpprecht ausdrücklich ein Fragezeichen. „Europa oder Nationalstaat?“ Für ihn sind das zwei Szenarien, die sich gegenseitig ausschließen. Mehr als 250 Zuhörer waren zum Vortrag des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) in die Musikhalle nach Ludwigsburg gekommen. Sie dankten Frau Harpprecht mit großem Applaus dafür, dass sie die nachdenkliche Rede ihres Mannes stellvertretend gehalten hatte.

Harpprecht, geb. 1927 in Stuttgart, sieht sich in erster Linie als Journalist. Er hat viele unterschiedliche Medien kennen gelernt; berichtete für das ZDF aus Washington, für DIE ZEIT aus Paris. Sein zentrales Thema ist die europäische Einheit, zu der Winston Churchill mit seiner visionären Rede an der Universität Zürich im September 1946 den Weg gewiesen hatte. Nachdenklich fragt er sich: Ist dieser geschichtliche Auftrag tatsächlich eine Realität, die nicht revidierbar ist? Harpprecht hofft es, weil er selbst erlebt hat, wie sehr die Nationen der „Gefahr des Umschlages in die Irrationalität des Nationalismus“ ausgesetzt sind. Die Grundsatzklärung der Bundeskanzlerin in diesem Sommer



Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, Renate Lasker-Harpprecht, Dr. Ruth Baasner, Prof. Dr. Frank Baasner, dfi

nimmt Harpprecht dankbar zur Kenntnis. Merkel hatte angesichts der Krise „mehr Europa“ gefordert, „eine europäische Finanzregierung als das bindende Element einer veritablen politischen Union“, „ein gestärktes Europäisches Parlament und eine Direktwahl des Präsidenten der Kommission durch die Bürger der EU, die damit sozusagen zum europäischen Volk erklärt würden.“ Für das von den Deutschen erwartete Milliarden-Opfer fordert sie eine Gegenleistung, die ganz Europa zugute kommen soll.

Die vielfältigen europäischen Regelwerke und Verflechtungen bestimmen heute einen großen Teil der politischen und wirtschaftlichen Realität unseres Alltags, stellt Harpprecht nüchtern fest. Auf einem ganz anderen Blatt sieht er die Rolle der Medien. Als Chronisten und so-

genannte „vierte Gewalt“ hätten sie die Aufgabe, sachlich über europäische Entwicklungen zu berichten. Was kostet den Bürger die gemeinsam gefundene Lösung? Was bekommt er dafür an zusätzlichen Möglichkeiten auf europäischer Ebene (wie die Reisefreiheit innerhalb der EU)? Fragen dieser Art wären mehr als legitim. Stattdessen, so Harpprecht, sind die Medien „nach wie vor eher europa-fremd (oder europa-faul)“ – „in ihrem Grundgeist reaktionär: die Welt von gestern“. „Der welthistorische Auftrag, den uns die Katastrophen hinterlassen haben. Wir dürfen an ihm nicht versagen.“ Harpprechts Schlussappell wird viele der Medienvertreter eher nicht erreichen.

Brigitte Veit [veit@dfi.de](mailto:veit@dfi.de)



Renate Lasker-Harpprecht bei ihrem Vortrag in der Musikhalle. Quelle: Werner Kuhnle (alle)

## Seminar für Nachwuchsjournalisten in Berlin

**Bereits zum sechsten Mal kam eine Gruppe junger Journalisten im Rahmen des deutsch-französischen Austauschprogramms der Robert Bosch Stiftung zu einem einwöchigen Seminar in Berlin zusammen, um sich ein Bild von der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität in Deutschland zu machen und das deutsche Mediensystem kennen zu lernen.**

Selten standen Deutschland und seine Kanzlerin so im Fokus der europäischen Öffentlichkeit wie seit Beginn der Eurokrise. Ausländische Journalisten versuchen im Rahmen ihrer Berichterstattung zu ergründen, welche Faktoren die politischen Entscheidungen der deutschen Regierung bestimmen. Mehr denn je zeigt sich hier, wie wichtig landesspezifische Kenntnisse sind, um Entwicklungen in Partnerländern einschätzen und darüber berichten zu können. Das 2007 ins Leben gerufene deutsch-französische Programm für Nachwuchsjournalisten der Robert Bosch Stiftung vermittelt den Teilnehmern entsprechende Kompetenzen und Kontakte für ihren beruflichen Alltag.

Vom 1. bis zum 8. Juli 2012 führte die Gruppe junger Journalisten Gespräche mit Experten, traf Repräsentanten des politischen und gesellschaftlichen Lebens, darunter Grünen-Chef Cem Özdemir und den CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß, und erstellte in Kooperation mit dem Berliner Tagesspiegel eine Jahrgangszeitung, in der zentrale Aspekte des einwöchigen Seminars journalistisch verarbeitet wurden. Ne-



*Die Gruppe im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages*

ben acht französischen Nachwuchsjournalisten war in diesem Jahr erstmals auch eine junge Kollegin aus Tunesien dabei, die im Rahmen des Seminars ihre Eindrücke von den Umbrüchen in ihrem Land und der Zusammenarbeit mit Deutschland schilderte. Nach den Besuchen im Bundestag, im Bundeskanzleramt und in der Bundespressekonferenz unter der Woche kamen die Teilnehmer am Samstag, den 7. Juli, in der neuen Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung in Berlin Mitte mit den deutschen Nachwuchsjournalisten des Jahrgangs 2012 zusammen und trafen im Anschluss Ehemalige des Programms der Jahre 2007 bis 2011. Am Nachmittag standen dann Gespräche mit Katrin Buchholz, die im Auswärtigen Amt für die Transformationspartnerschaft mit den Ländern des „Arabischen Frühlings“ zuständig ist, sowie mit dem tunesischen Bot-



*Im Gespräch mit Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.*

schafter Elyes Ghariani auf dem Programm. Bei einem gemeinsamen Abendessen bot sich für die Teilnehmer des Jahrgangs 2012 sowie für die rund dreißig angereisten Ehemaligen schließlich ausgiebig Gelegenheit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Dominik Grillmayer ► [grillmayer@dfi.de](mailto:grillmayer@dfi.de)

## Fachberater für Französisch im dfi

**Die Fachberater für Französisch aus dem Regierungspräsidium Stuttgart haben ihre letzte Dienstbesprechung vor den Sommerferien im dfi abgehalten. Initiiert worden war das Treffen im dfi von Studiendirektorin Michette Eyser, Fachberaterin für Französisch beim Regierungspräsidium Stuttgart, die so die Klärung von Fachfragen und die wechselseitige Information mit dem Kennenlernen des Deutsch-Französischen Instituts und seiner Angebote verbinden wollte.**

Diesem Wunsch kam das Institut gerne entgegen: Henrik Uterwedde stellte Geschichte und Entwicklung des dfi dar und erläuterte anhand verschiedener Beispiele seine Aufgaben und den derzeitigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen. Im Anschluss daran berichtete Bénédicte Weste über das Forum junger Menschen zur Partizipation in Europa „Europa nur mit uns!“ und die Möglichkeiten für Schüler, sich an der



*Die Gruppe der Fachberater für Französisch vor dem dfi. Quelle: dfi*

dort stattfindenden Diskussion im virtuellen Raum zu beteiligen.

Martin Villinger informierte über die verschiedenen Angebote der Frankreich-Bibliothek, von denen einige, z.B. das Pressearchiv und die geplante Karikaturensammlung, besonders auf die Bedürfnisse von Lehrern zugeschnitten sind. Die verschiedenen Materialsammlungen, die das dfi zur Unterstützung des bilingualen Sachfachun-

terrichts herausgegeben hat, stießen ebenfalls auf das rege Interesse der Teilnehmer. Zum Abschluss der Veranstaltung besichtigten einige der Fachberater noch die Bibliothek, um sich ein Bild von der Örtlichkeit zu machen, die sie evtl. bald einmal mit einer Referendaren- oder Schülergruppe besuchen wollen.

Martin Villinger ► [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de)



# „Mehr Europa – Aber wie?“

14. Deutsch-Französischer Dialog, Otzenhausen vom 10. bis 11. Mai 2012

**Gefährdet die Euro-Krise das europäische Projekt? Fordert sie nicht geradezu weitere Schritte zu einer politischen Union? Welche Veränderungen bringt der Wahlsieg François Hollandes, und was wird aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit? Vier Tage nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich konnte die Thematik des diesjährigen Deutsch-Französischen Dialogs aktueller nicht sein. Rund 150 Teilnehmer aus Wissenschaft, Medien, Politik und Zivilgesellschaft waren der Einladung der ASKO EUROPA-STIFTUNG in die Europäische Akademie Otzenhausen gefolgt, um über mögliche Wege aus der Krise zu diskutieren.**

Die Debatten konzentrierten sich auf drei Themenfelder. Zum einen stand natürlich die Krise des Euroraums im Mittelpunkt. Wengleich bei der Suche nach Lösungen wieder einmal bekannte deutsch-französische Unterschiede deutlich wurden, in denen sich auch unterschiedliche politische Präferenzen spiegelten, gab es doch auch Einigkeit darin, dass es im Kern eine politische Krise ist und dass ihre Überwindung deutliche Fortschritte der politischen Union erforderlich macht – möglicherweise um den Preis eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. In der Perspektive einer politischen Union erhält die Frage der Bürgerbeteiligung an den politischen Entscheidungen eine neue Aktualität. Dies war



Bernard Challand, *Président Union des Français de Sarre*; Stephan Toscani, *Minister für Finanzen und Europa, Saarbrücken*; Rudolf Bohn, *stellv. Vorsitzender des Kuratoriums*. Quelle: ASKO EUROPA-STIFTUNG

ein zweiter Schwerpunkt der Debatten. Vertreter zahlreicher Initiativen stellten ihre Aktivitäten vor, die auf neue Modelle der Bürgerbeteiligung abzielen. Das politische Europa steht auch für gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit und kann damit als Vorbild für andere Regionen dienen. Dies bildete den Hintergrund für den dritten Schwerpunkt, in dem der „Arabische Frühling“ und seine Folgen für Europa thematisiert wurden.

Wengleich es auf der Tagung manchen Einwand gegen den undifferenzierten Ruf nach „Mehr Eu-

ropa“ gab, so wurde doch auch klar: der Status quo der erreichten politischen Integration reicht nicht aus, um ambitionierte Wege aus der Krise der Währungsunion zu beschreiten. Es spricht für die Qualität der zweitägigen Gespräche in Otzenhausen, wenn diese Debatte mittlerweile auf der politischen Tagesordnung ganz nach oben gerückt ist.

Weitere Informationen, Tagungsbericht bei:  
 ► [ASKO EUROPA-STIFTUNG](#)

Henrik Uterwedde ► [uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)



*Blick in das Publikum, Arbeitsgruppe 2.*

## Bilaterale Beziehungen als „Modellbaukasten“? Präsentation der Projektergebnisse in Paris

**Können die komplexen Beziehungen zwischen Nationalstaaten im Sinne eines „Modellbaukastens“ verstanden werden, aus dem einzelne Elemente herausgegriffen und übertragen werden können? Die Antwort lautet „ja“, unter bestimmten Bedingungen – das zumindest ist die These der Forschergruppe um Stefan Seidendorf, die die Ergebnisse ihres Projektes „Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten – zur Übertragbarkeit von Aussöhnung und strukturierter Zusammenarbeit“ am 3. Mai 2012 im Goethe-Institut Paris vorstellte. Trotz Präsidentschaftswahl und Feiertag stieß der Termin auf großes Interesse, was nicht zuletzt auf die derzeitige Konjunktur der deutsch-französischen Beziehungen zurückzuführen sein dürfte.**

Die Autoren vermittelten, wie die institutionalisierte Verbindung französischer und deutscher politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure über die Zeit hinweg zur Entstehung eines dichten Netzwerks geführt hat, das heute seinerseits wiederum Akteure und Politiken der deutsch-französischen Beziehungen beeinflusst. Jeder, der sich heute in den deutsch-französischen Beziehungen engagieren möchte, muss die Existenz dieses Netzwerks in sein Kalkül mit einbeziehen. Eine zentrale Rolle kommt dabei Institutionen zu, die die Existenz der entwickelten Konsultations- und Kooperationsverfahren über Dauer sichern, die Akteuren bestimmte Handlungsmöglichkeiten erleichtern und andere erschweren, und die schließlich auch als „Gedächtnis“ des seit über sechzig Jahre andauernden Pro-



*Stephan Geifes stellt seinen Beitrag vor.*

zesses der Annäherung zwischen den beiden Ländern dienen.

Dabei wurde deutlich, dass Annäherung nicht bedeutet, dass es keine Probleme und Konflikte gebe. Mit der Ausdehnung der Beziehungen und gesellschaftlichen Erweiterung nimmt ihre Anzahl sogar eher zu als ab. Allerdings multiplizieren sich auch die Instrumente und Verfahren, um Kompromisse zu finden und gemeinsame Lösungen zu entwickeln – und darin besteht die Besonderheit oder „Modellhaftigkeit“ des deutsch-französischen Verhältnisses. Dies bedeutet aber auch, so beantworteten die Autoren kritische Nachfragen, dass diese Elemente der Zusammenarbeit nicht auf Frankreich und Deutschland beschränkt sein müssen, sondern prinzipiell übertragbar sind.

Nachdem Stefan Seidendorf den analytischen Zugang zum Projekt skizziert hatte, legte Héléne Miard-Delacroix als Historikerin den Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf die Entwicklung der Beziehungen über die Zeit. Die Sorbonne-Professorin verwies auf die geopolitische Situa-

tion nach dem Krieg, hält allerdings die Pfadabhängigkeit, die sich aus den frühen Entscheidungen für eine institutionalisierte Verbindung zwischen den beiden Regierungen und der Zivilgesellschaft ergab, für entscheidend. Stephan Geifes vom Deutschen Historischen Institut betonte ebenfalls die Bedeutung des Elysée-Vertrags als zentraler Fix- und Angelpunkt der Nachkriegsbeziehungen, zeigte jedoch auf, wie der von ihm untersuchte Bereich – die Hochschulbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg – seine eigene Dynamik entwickeln konnte, die sich aus bestimmten, klar definierbaren Bausteinen erklären lässt. Dazu gehört etwa der diplomierende Charakter – also die Tatsache, dass in deutsch-französischen Studiengängen am Ende häufig zwei Abschlüsse (oder ein gemeinsamer Abschluss) stehen, während der „normale“ Studentenaustausch die Zeit im Ausland höchstens als Studienleistung anerkennt, allerdings nicht mit einem Diplom honoriert.

Pascale Joannin, Geschäftsführerin der Robert-Schuman-Stiftung in Paris, diskutierte als externe Teilnehmerin der Podiumsrunde die Projektergebnisse. Sie verwies besonders auf die europäische Einbettung und die Wechselwirkung zwischen europäischem Integrationsprozess und deutsch-französischer Annäherung. Diese Wechselwirkung leitete nahtlos über zur Diskussion des aktuellen Zustands der deutsch-französischen Beziehungen. Frank Baasner, Direktor des dfi, und Joachim Umlauf, Direktor des Goethe-Instituts Paris, moderierten die zahlreichen Beiträge, Einwände und Nachfragen des Publikums.

Das dfi dankt dem Goethe-Institut für die gelungene Kooperation. Die Buchveröffentlichung des in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung und der Stiftung Genshagen realisierten Projekts steht im Juli dieses Jahres an, eine französische und englische Fassung sind in Vorbereitung.

Stefan Seidendorf [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)



*Interessierte Zuhörer im Goethe-Institut, Paris. Quelle: dfi (alle)*



## Relaunch des IREON-Portals

IREON (International Relations and area studies Online), das Internet-Fachportal für Internationale Beziehungen und Länderkunde, wurde kürzlich mit veränderten Angeboten neu gestartet. IREON bietet eine direkte, kostenfreie Recherche nach bibliographischen Daten sowie Fakteninformationen zu Außen- und Sicherheitspolitik, internationaler Politik und Wirtschaft, regional- und länderbezogenen Themen, auswärtiger Kulturpolitik sowie Klima, Umwelt und Energie. Das Portal richtet sich an Wissenschaftler und an alle, die sich für Fragen der internationalen Beziehungen oder der Länderkunde interessieren, wie z. B. Journalisten oder Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Anbieter des IREON-Portals ist der FIV – Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde, ein Zusammenschluss von zwölf deutschen Forschungseinrichtungen unter Federführung der Stiftung Wissenschaft und Politik. Das Deutsch-Französische Institut gehört diesem Verbund seit 1986 an; ein Großteil der Bestände der Frankreich-Bibliothek ist in dem Fachportal nachgewiesen. Neben der Datenbank WAO – World Affairs Online des FIV sind (Teil-)Bestände der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, der GLZ-Literaturdokumentation (ehemals INWENT), des ECONIS-Portals (ZBW, Kiel / Hamburg) und Teilbestände der Bibliothek von Sciences Politiques (Paris) in das Portal eingebunden und können über einen



Das deutsche IREON-Portal. Quelle: dfi

gemeinsamen Suchindex durchsucht werden. Um dem Anwender des Portals den Zugang zu den gefundenen Dokumenten zu erleichtern, kann jeder Nachweis weiterhin über den „KVK-Knopf“ an den Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) weitergegeben werden, der direkt ermittelt, in welcher dem Nutzer nahe gelegenen Bibliothek er vorhanden ist. Der ebenfalls eingebundene Dienst Journals Online & Print prüft sowohl, wo eine Zeitschrift gedruckt vorhanden ist, als auch, ob sie im Internet frei zugänglich ist. Dokumente, die als Volltext frei verfügbar sind, können aus einer Treffermenge durch Anklicken des Reiters „Volltext“ extrahiert werden. Über die Drop-Down-Listen „Publikationstypen“ und „Sprache“ können die Suchergebnisse außer-

dem eingeschränkt werden, z.B. auf Zeitschriftenartikel in französischer Sprache. Das Portal ist derzeit noch als Beta-Version verfügbar, mittelfristig sollen weitere Dienste für den Anwender wie Drill-Downs zur Einschränkung der Suchergebnisse oder Schnittstellen zu Literaturverwaltungsprogrammen integriert werden. Die Daten im IREON-Portal werden einmal wöchentlich aktualisiert, es ist wie bisher verfügbar unter [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de).

Für weitere Fragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung – 07141 / 9303-34  
[frankreich-bibliothek@dfi.de](mailto:frankreich-bibliothek@dfi.de).

Martin Villinger [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de)

## Neue Mitglieder im Vorstand des dfi

**Catherine Troendlé**  
 Senatorin des Département Haut Rhin, Vorsitzende der Freundschaftsgruppe Deutschland-Frankreich im Senat



Der französische Senat wurde im Vorstand des dfi bisher vom ehemaligen Außenminister Frankreichs, Jean François-Poncet, vertreten. Nachdem er 2011 nicht mehr für den Senat kandidierte und damit auch sein Amt als Präsident der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Senat aufgegeben hatte, wurde Catherine Troendlé in dieser Funktion seine Nachfolgerin. Sie ist seit 2004 Mitglied des Senats und zudem Bürgermeisterin der Gemeinde Ranspach-le-Bas.

Auf die Anfrage des dfi-Präsidenten, Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, hat sie sofort ihre Bereitschaft erklärt, sich im dfi zu engagieren. Wir freuen uns über diese wichtige Unterstützung und bauen auf eine gute Zusammenarbeit.

**Dr. Franziska Brantner**  
 Mitglied des Europäischen Parlaments



Frau Brantner ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei der Grünen. Für die Mitarbeit in den Gremien des dfi ist sie in besonderer Weise prädestiniert, da sie das deutsch-französische Gymnasium in Freiburg absolviert und in Paris an der Hochschule Sciences Po' studiert hat. Im EU-

Parlament ist sie außenpolitische Sprecherin der Fraktion Grüne / EFA. Während ihres Studiums, das sie mit einer Promotion an der Universität Mannheim beendete, hat sie sich vor allem mit internationalen Beziehungen beschäftigt. Das dfi freut sich über diese personelle und inhaltliche Bereicherung.

## Zeit-Redakteur Klaus-Peter Schmid zu Gast im dfi

Schmid liest aus seinem Buch „Das rätselhafte Testament“ – 60 Jahre deutsch-französischer Geschichte werden lebendig

Eine faszinierende Erzählung, die mit Vor- und Rückblenden rund 60 Jahre deutsch-französischer Geschichte von 1935 bis 1984 umfasst, hat ZEIT-Redakteur Klaus-Peter Schmid am Dienstag, 15. Mai, rund 40 Zuhörern in den Räumen des dfi vorgestellt. Mitveranstalter war die Buchhandlung Aigner.

Im Mittelpunkt seines Buches „Das rätselhafte Testament“ (Bouvier Verlag, Bonn 2011) steht die Liebesgeschichte eines sehr ungleichen französisch-deutschen Paares, die 1942 im besetzten Paris beginnt. Sie, Jaqueline Heusch, 24, Französin aus gutbürgerlichem Hause. Er, Herbert Ranft, 40, kommt aus Deutschland und sucht eine Fremdsprachensekretärin. Seit 1925 in Frankreich, arbeitet Ranft als Spion für die Deutsche Abwehr und verdingt sich bei der Organisation Todt, die für die Infrastruktur im besetzten Frankreich und den Bau des Atlantikwalls zuständig ist. Ranft verbringt sein Leben mit vielerlei Identitäten, falschen Pässen und erfundenen Berufsbezeichnungen. Nebenbei war es ihm gelungen, bis 1944 ein großes Vermögen zusammenzutragen.

Als Jaqueline Heusch im Frühjahr des Jahres 1942 für Ranft als Fremdsprachensekretärin zu arbeiten beginnt, zieht sie wenig später in sein großzügiges Appartement im vornehmen 7. Pariser Arrondissement. Der „Ingenieur“ Ranft bietet ihr ein luxuriöses Umfeld mit wertvollen Gemälden, Schmuck, Gold und Edelsteinen. Später wird er ihr ein kleines Theater kaufen. Die phantastische Geschichte endet im Juli



Dominik Grillmayer, dfi (li), im Gespräch mit Klaus-Peter Schmid  
Quelle: dfi

1944. Das besetzte Paris wird von den Alliierten befreit, Jaqueline Heusch und Herbert Ranft verlassen die französische Hauptstadt. Er für immer, bis er 1950 in einem Schweizer Hospital als Juan Bertran-Raventos stirbt. Sie wird nach dem Krieg in das Pariser Appartement von Herbert Ranft zurückkehren. Anfang der 80er-Jahre vermacht Jaqueline Heusch das Erbe dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW), um die deutsch-französische Freundschaft zu fördern, wie sie in ihrem Testament schreibt.

Nachdem alles verkauft und versteigert ist, kann das DFJW im Jahr 1984 – mit Zustimmung der deutschen und der französischen Regierung – eine Erbschaft im Wert von 1,4 Millionen Deutscher Mark oder 4 Millionen Französischen Francs antreten. Woher das großzügige Erbe genau kommt, wird für immer im Dunkeln bleiben. Das „rätselhafte Testament“ geht den Spuren

nach, die Jaqueline Heusch mit Briefen, Dokumenten und Fotos in der Pariser Wohnung hinterlassen hat.

Klaus-Peter Schmid, Jahrgang 1942, hat mehr als 30 Jahre für DIE ZEIT gearbeitet und die Zeitung von 1974 bis 1985 als Korrespondent in Paris vertreten. Für das Buch hat er meterweise Akten im Französischen Militärarchiv in Paris, im Archiv der Pariser Polizei, im Schweizer Nationalarchiv in Bern und bei Daniel Groscolas in Paris gelesen (Groscolas war 1984 bis 1988 Generalsekretär des DFJW in Paris). Daraus ist eine Erzählung entstanden, die spannend zu lesen ist und auf meisterliche Weise eine Liebesgeschichte mit deutsch-französischer Zeitgeschichte und einer Erbschaftsgeschichte verknüpft. Der Journalist Schmid tut dies auf angenehme Weise – ohne zu moralisieren und ohne zu bewerten.

Brigitte Veit ► [veit@dfi.de](mailto:veit@dfi.de)

dfi service

## Tagungsprotokoll des fünften Kolloquiums für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche

Im Oktober 2011 fand zum fünften Mal die von der Robert Bosch Stiftung und der König Baudouin Stiftung initiierte Konferenz für deutsche, belgische und französische Bürgermeister und kommunale Akteure in Berlin statt.

Die Serie ist 2007 ins Leben gerufen worden, um den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zwischen kommunalen Mitarbeitern und Experten aus Deutschland, Frankreich und Belgien zu wichtigen Aspekten der Einwanderungspolitik zu fördern. Das fünfte Kolloquium am 27. und 28. Oktober 2011 widmete sich dem

Thema „Zuwanderung durch Familienzusammenführung als Herausforderung für lokale Integrationspolitik“. Dabei wurden sowohl der rechtliche und administrative Rahmen, wie er in den drei Ländern aktuell für den Ehegatten nachzug besteht, als auch die sozioökonomischen Herausforderungen analysiert, die mit der Zuwanderung von Familienangehörigen verbunden sind.

Seit kurzem liegt der Tagungsbericht der Konferenz vor. Diese Veröffentlichung sowie die Berichte aus den Jahren 2007 bis 2010 können Sie ► [hier](#) bestellen.





## Welches Europa soll es sein? – Schüler und Studenten diskutieren online

Welches Europa soll es sein? Diese Frage wird in Zeiten der Schuldenkrise oft gestellt. Wollen wir ein Europa der Bürger oder der Regierungen? Auch die jungen Teilnehmer des Forums „Europa nur mit uns“ diskutieren lebhaft auf einer Online-Plattform, wie Europa aussehen könnte, damit mehr Beteiligung an europäischer Politik möglich ist.

Im September 2012 treffen sie sich in Ludwigsburg und tauschen ihre Ergebnisse vor Ort aus. Der 50. Jahrestag der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend ist Anlass des jungen Forums, das zusammen mit der Stadt Ludwigsburg organisiert wird, und einer parallel tagenden Fachkonferenz. Im Fokus der Debatte steht



nicht nur die Bewältigung der Schuldenkrise. Auch die demografische Entwicklung und der fortschreitende Klimawandel, die in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind, werden thematisiert. Diese beiden Herausforderungen werden langfristig gravierende Folgen für Europa haben. Diese Probleme betreffen alle Länder und alle Bürger in Europa. Daher ist es sinnvoll, gemeinsam nach Lösungen zu su-

chen. Wie das erfolgen könnte – und um auch die Bürger über der Krise nicht zu vergessen – darüber diskutieren deutsche, französische und andere europäische Schüler und Studenten. Das Spektrum der Meinungen ist dabei breit. Die einen begrüßen die Europäische Bürgerinitiative, die seit April 2012 möglich ist. Die anderen befürchten bei einer direkten Beteiligung der Bürger, dass der schwerfällige politische Entscheidungsprozess, zum Beispiel beim Klimaschutz, sich noch mehr verlangsamt. Wer die spannende Diskussion mitverfolgen und kommentieren möchte, kann sich gerne bei der Community-Managerin Anne-Sophie Barreau anmelden.

✉ [a.barreau@ludwigsburg.de](mailto:a.barreau@ludwigsburg.de)

Forum online: ✉ [www.europa-nur-mit-uns.eu](http://www.europa-nur-mit-uns.eu)

## Ausschreibung: Master of European Governance and Administration (MEGA) in neuer Form (berufsbegleitend)

MEGA – der deutsch-französische Master of European Governance and Administration / Master Européen de Gouvernance et d'Administration – wird ab 2013 in neuer, berufsbegleitender Form in Zusammenarbeit mit folgenden Kooperationspartnern angeboten: Bundesministerium des Innern (BMI) / Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV), École Nationale d'Administration (ENA), Universität Potsdam, Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Humboldt Universität zu Berlin, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.



Der 7. Jahrgang des MEGA-Programms wird im Januar 2013 im Rahmen des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags feierlich eröffnet. Bewerbungen für den Studiengang werden bis zum 30. September 2012 entgegengenommen.

MEGA richtet sich in erster Linie an Nachwuchsführungskräfte aus der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in Deutschland und Frankreich. Das Programm freut sich aber auch auf Bewerbungen von Interessenten aus der öffentlichen Verwaltung anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. Staaten, die eine Beitrittsperspektive haben, sowie aus europäischen Institutionen und dem Privatsektor.

MEGA ist ein postgradualer Studiengang und verbindet die hohen Qualitätsanforderungen einer wissenschaftlichen und managementorientierten

Weiterbildung mit der spezifischen Vorbereitung auf europäische Aufgaben und Themen der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Experten aus Wissenschaft und Praxis behandeln im Rahmen des Programms folgende Themenbereiche: Staat und Verwaltung im Vergleich; Public Management und internationale Verwaltungszusammenarbeit in Europa; Governance und Politikfelder in der EU.

In vier zweiwöchigen Lehrmodulen – abwechselnd in Frankreich und Deutschland – in einem neunwöchigen Praktikum sowie in der Erstellung einer Projekt- und Masterarbeit können ange-

hende Führungskräfte des öffentlichen Dienstes und des Privatsektors ihre beruflichen Erfahrungen und Bedürfnisse gezielt einbringen und weiterentwickeln.

Mehr Informationen zum berufsbegleitenden, neu ausgerichteten MEGA-Programm 2013 / 2014 und zu den Bewerbungsbedingungen finden Sie auf folgender Webseite:

✉ [www.mega-master.eu](http://www.mega-master.eu)

Insbesondere können Sie die doppelsprachige MEGA-Broschüre herunterladen:

✉ [http://www.mega-master.eu/files/ena\\_plaq\\_mega\\_imp\\_pp.pdf](http://www.mega-master.eu/files/ena_plaq_mega_imp_pp.pdf)

### Kontakt Deutschland:

Regina Krahorst, Bundesakademie für öffentliche Verwaltung – ✉ [lg3@bakoev.bund.de](mailto:lg3@bakoev.bund.de)  
Marie Augère, Konsortialbüro MEGA, Universität Potsdam – ✉ [augere@uni-potsdam.de](mailto:augere@uni-potsdam.de)

### Termine

#### 19. – 21. September

Forum „Europa nur mit uns“, Ludwigsburg

#### 19. – 21. September

Internationale Fachkonferenz „Zukunft der Demokratie in Europa“, Ludwigsburg

#### 21. September

Öffentliche Abschlussveranstaltung von Forum und Fachkonferenz, Theater im Forum am Schlosspark, Ludwigsburg

#### 22. September

Festakt 50 Jahre „Rede an die deutsche Jugend“ des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und deutsch-französisches Bürgerfest, Ludwigsburg

#### 7. – 13. Oktober

Seminar für deutsche Nachwuchsjournalisten, Paris

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50

✉ [www.dfi.de](http://www.dfi.de)

✉ [info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)

Redaktion: Waltraut Kruse

Verantwortlich für den Inhalt:

Prof. Dr. Frank Baasner